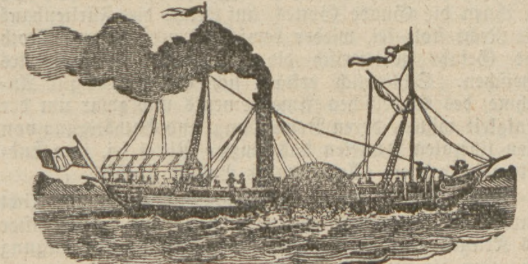
Danziger Dampfboot.

№ 131. 1862.

Sonnabend, den 7. Juni. 32ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Der Pfingstfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes Dienstag, den 10. Juni c., Nachmittags 5 Uhr.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots".

Brüssel, 6. Juni.

Die „Indépendance belge" meldet: Lavalette wird dem Cardinal Antonelli eröffnen, daß mit nächstem Frühjahr die Occupation Roms aufhören soll. Die französische Regierung wird keinen weitern Vorschlag thun und lediglich die Vorschläge der römischen dem Turiner Kabinette übergeben.

Belgrad, Freitag, 6. Juni.

Ein wachhabender türkischer Offizier hatte einen serbischen Polizeimann thätlich angegriffen; Letzterer feuerte seine Pistolen ab und traf einen vorübergehenden Türkentataren. Ein deshalb entstandener Auflauf wurde beruhigt und die unterbrochene Communication wieder hergestellt; die türkische Wachmannschaft hält jedoch mit gefälltem Bajonnet Wache. Der Polizeimann ist verhaftet und eine Untersuchung angeordnet.

Nutzanwendungen aus dem amerikanischen Kriege.

Man scheint von demokratischer Seite nicht abgeneigt, die so lange vergeblich erwarteten, jetzt dafür in rascher Folge sich aneinander reihenden Siege der Union gleich wieder für die Vortrefflichkeit der dortigen Wehrverfassung auszubeuten, daraus Argumente für die Ueberflüssigkeit der stehenden Heere, für die vollkommene Sicherheit der Staaten durch eine bloße Volksbewaffnung zu ziehen, und diese dann natürlich gegen die Grundzüge unsrer neuen Wehrorganisation zu kehren. Man zeigt dabei, wie wir es dort freilich schon gewohnt sind, ein sehr kurzes Gedächtniß; denn es ist noch nicht lange her, daß grade die Blätter dieser Farbe mit gewiß sogar theilweise übertriebenen Schilderungen der dortigen haarsträubenden Zustände angefüllt waren. Ganz abgesehen von der Unangemessenheit eines Vergleichs in dieser Hinsicht zwischen amerikanischen Verhältnissen und den europäischen Verhältnissen, wollen wir doch einmal sehen, ob eine unbefangene Betrachtung des Verlaufs der Begebenheiten ein solches Urtheil nur im Mindesten rechtfertigt. Beim Beginn des Kampfes war gleich von vornherein ein Mißverhältniß der Kräfte auf beiden Seiten vorhanden, wie es zwischen kriegführenden Staaten selten vorkommt und unter gewöhnlichen Verhältnissen den Ausgang gar nicht lange zweifelhaft machen kann; man war daher auch allgemein auf die rasche Besiegung und Unterwerfung der Rebellen seitens der Union gefaßt, und nur wer mit der äußersten Mangelhaftigkeit der dortigen Wehrverfassung bekannt, konnte an einen baldigen, vollständigen Erfolg zweifeln. Diese sollte sich dann auch bald in ihrer nacktesten Blöße zeigen, und selbst die schlimmsten Befürchtungen hinter sich zurücklassen. Es erfolgte eine ganze Reihe von Niederlagen einem Gegner gegenüber, der doch keinen andern Vortheil hatte, als in seiner militärischen Organisation ein klein wenig voraus zu sein; es trat ein Zustand vollständiger Auflösung ein, den der Feind nur nicht benutzen konnte, weil es bei ihm eben nicht viel besser stand. Man muß doch aber wohl die Frage aufwerfen, was wäre einem tüchtigen, geschulten Heere gegenüber, wie etwa dem französischen, unter einem entschlossenen Feldherrn aus der Union geworden? Man kam so über die Krisis noch glücklich genug hinweg, und ging nun entschlossen ans Werk, die alte unbrauchbare Organisation ganz über Bord zu werfen, statt dessen zunächst freilich nur auf 3 Jahre ein stehendes Heer dem Namen nach von Freiwilligen, der That nach aber von Geworbenen, an die Stelle zu setzen. In der kräftigen Energie bei Bildung desselben zeigte sich die Lichtseite der dortigen Institutionen; zugleich gestattete der Reichthum na materiellen Mitteln und die so lange geschonte Kraft des Landes eine Machtentfaltung, wie sie in der Geschichte fast ohne Gleichen dasteht; damit war aber auch bei der jämmerlichen Finanzwirthschaft und dem räuberischen Egoismus, der bei den meisten die Stelle des hingebenden Patriotismus vertrat, der Anlaß zu einer Verschwendung gegeben, die den Schultern dieses jungen Gemeinwesens in kürzester Frist eine Last aufgebürdet, wie sie sich die alten Staaten im Laufe von Jahrhunderten aufgeladen, und dadurch seiner Zukunft die schwersten Gefahren droht. Auf diese Weise ist es nun allerdings gelungen, eine äußerlich ganz stattliche Armee herzustellen. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß Nord-Amerika, namentlich die Westprovinzen, in der Bevölkerung dafür vielleicht ein besseres Material liefert, als irgend ein anderes Land, daß namentlich die deutschen Regimenter, die überall als Muster voranstehen, eine Mehrzahl von in der Heimath ausgebildeten Soldaten enthalten. So konnte denn innerhalb Jahresfrist im Felde, was der doppelten Friedenszeit gleichkommt, eine Organisation erreicht werden, die wenigstens der des Gegners gewachsen war; wie viel dieselbe trotzdem noch zu wünschen übrig läßt, ist aus der einzigen zuverlässigen Quelle den Briefen deutscher Offiziere, die vollkommen von Partei- und Standes-Vorurtheile frei sind, zu ersehen. Auch sind die von dem Landheere erkämpften Vortheile bis jetzt noch keinesweges sehr glänzend; die entscheidenden verdankt es fast ausschließlich der Corporation der Flotte, und die so viel ausposaunten Siege stellen sich meistens als mit knapper Noth abgewehrte Niederlagen dar, bei denen die Tapferkeit der Truppen die Fehler der Führer wieder gut machen mußte.

Landtag.

Herrenhaus.

In der heutigen Sitzung wurden die Commissions-Anträge bezüglich der Anträge von Graf Arnim und Hasselbach nach wenig erheblicher Debatte angenommen. Das Haus erkennt somit seine Continuität an. Nächste Sitzung uubestimmt.

Haus der Abgeordneten.

Das vom Abg. v. Sybel zur Adreßdebatte eingereichte Amendement lautet:

„Allergnädigster König und Herr!

Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Das preußische Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an die Krone eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmäßiges Recht. Es ersehnt im Innern den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung und zur sichern Entwickelung unserer Volkskraft nothwendigen Gesetze, die Sicherung des Staates und der Schule gegen kirchliche Uebergriffe, die verfassungsmäßige Beseitigung des Widerstandes, welchen bisher ein Factor der Gesetzgebung diesem Verlangen entgegengestellt hat. Es ersehnt nach Außen eine kräftige und vorwärts schreitende Politik, welche Ew. Majestät erhebende Erklärung vom 9. Novbr. 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen", in vollem Umfange verwirklicht; es begehrt also in Wiederholung seiner früher ausgesprochenen Ueberzeugung, daß mit allen Mitteln auf die Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu abgegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen, und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hingewirkt — daß damit unser eigner Rechtszustand gesichert und die Ehre und die Interessen Preußens als europäische Großmacht gewahrt werden."

9. Sitzung, Donnerstag 5. Juni.

Am Ministertisch: Graf zur Lippe, v. Mühler, v. Holzbrinck; später v. d. Heydt, v. Roon, Graf Itzenplitz, v. Jagow und der Regierungskommissar v. Höpke.

Abgeordneter Dr. Virchow. Die gestrige Debatte, sagt er, habe den Eindruck hinterlassen, als würde sie den erwarteten Werth nicht haben. Die Redner hätten sich zu sehr an Worte, nicht an die Stimmung geheftet, aus welcher die Adresse hervorgehen solle. Der Entwurf leide unleugbar an stilistischen Mängeln, namentlich einem zu starken Bouquet von Loyalität, die Stimmung, woraus dies hervorgegangen, könne aber nicht mißverstanden werden. Den gestrigen Erklärungen der Staatsregierung müsse er entgegensetzen, daß man gestern zum ersten Male erfahren habe, daß die Eröffnungsrede im allerhöchsten Auftrage verlesen sei; sie trage nicht den Charakter einer Thronrede, sondern nur den einer Erklärung des Ministeriums. Die exceptionellen Verhältnisse, unter denen das Haus berufen sei, riefen einen exceptionellen Character der Adresse hervor. Es sei auffallend, daß die Herren Graf Schwerin und v. Patow auf ihren Plätzen fehlten, um nach constitutionellem Gebrauch Auskunft zu geben über den Hergang einer anerkannt unerhörten Episode. (Bravo!) Nachdem bei Auflösung des vorigen Hauses Herr v. d. Heydt die Nothwendigkeit der Eintracht zwischen Ministerium und Landesvertretung hervorgehoben, sei es auffällig, daß das Haus die Ehre habe, mit den gegenwärtigen Ministern zu verhandeln. (Heiterkeit.) Es handle sich jetzt darum, wie die Entwickelung des Staates weiter vor sich gehen solle. Die Partei, der Herr v. Gottberg angehöre, habe durch ihren Einfluß auf den König in frühern Jahren den Fortschritt gehemmt, und hierdurch die Excesse von 1848 verschuldet. Das Ministerium hat von einer sogenannten parlamentarischen Regierung gesprochen. Da eine parlamentarische Regierung eine solche sei, in der das Parlament Einfluß auf die Entschließungen der Regierung habe, so sei eine sogenannte parlamentarische Regierung wahrscheinlich eine solche, wo der Einfluß des Parlaments nur ein scheinbarer sei. In diesem Sinne wünsche das Volk keine sogenannte parlamentarische Regierung. Der Redner geht hierauf auf die Gesetz-Entwürfe über Minister-Verantwortlichkeit und Ober-Rechnenkammer ein. Der erstere schmälere die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes nicht zu Gunsten der Krone, sondern des Ministeriums, letzterer trage den Anforderungen eines constitutionellen Staates gar nicht Rechnung. Im Zusammenhange damit stehe der Hagensche Antrag, um dessentwillen man die Abgeordneten dem Lande als die größten Missethäter dargestellt. Er, seine Freunde und Wähler, seien überzeugt, in den Wahlerlassen und offiziösen Artikeln gemeint zu sein. Der Redner citirt nunmehr zur Beweisführung der ministeriellen Ausschreitungen in den Wahlerlassen eine Reihe der in den Zeitungen erschienenen Rescripte und unterzieht dieselben einer scharfen Kritik, welche oft die Heiterkeit des Hauses hervorruft. Die eigenen Organe der Ministerien hätten nach der Erklärung der Minister deren Erlasse mißverstanden. Die Frage nach dem Grunde dieses Mißverständnisses lasse sich beantworten: Aus dem Charakter dieser Wahlerlasse, aus denen der Geist des „seligen Stahl" spreche. Wenn man die 17 Reden des seligen Stahl, welche sich wie eine Bibel in den Händen der 12 Mitglieder seiner Partei im Hause befänden, lese, so finde man, daß diese auf dem Gegensatz zwischen Königthum und Parlament herumreite; es wäre besser gewesen, wenn das Pferd zu diesem Ritt im Stalle geblieben wäre. (Heiterkeit.) Die Hauptsache für die Adresse sei und bleibe die innere Angelegenheit, die Nothwendigkeit, daß man dem Könige erkläre, daß das Volk in treuer aufopfernder Hingebnng zu ihm stehe, vertrauend, daß er die Verfassung so ehrlich ausführen werde, wie er sie beschworen. Die Adresse habe nichts im Auge, als das Streben des Landes nach einer verfassungsmäßigen Regierung zu dokumentiren. Die Untersuchung, wo der Schwerpunkt derselben liege, sei durchaus müßig; der Schwerpunkt werde immer da liegen, wo ein volksthümliches Ministerium die Regierung leite; wo dies nicht vorhanden, werde der Schwerpunkt von selbst ver-

rückt. Die Herstellung des Gleichgewichts sei das Ziel der Partei des Redners und der Adresse. (Lebh. Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Abgeordnete, welcher die Tribüne verlassen, hat die Erwartung ausgesprochen, daß diejenigen Minister, welche aus dem vorigen Ministerium in das jetzige übergegangen, dem hohen Hause eine Erläuterung über den Ministerwechsel geben würden, den er eine unerhörte Episode genannt hat. Wir würden, was unsere Personen betrifft, gewiß keinen Anstand nehmen, für unsere Personen diese Erläuterung zu ertheilen, aber unsere Personen sind dabei nicht allein betheiligt. Wir würden glauben, daß wir unsere Pflichten gegen die Krone verletzen würden, wenn wir die Gründe eröffnen wollten, warum wir dem Rufe gefolgt sind. Es hat der Herr Abgeordnete auf die Ordre hingewiesen, welche ich vor der Auflösung des Abgeordnetenhauses in meiner Eigenschaft als Stellvertreter des Ministerpräsidenten verlesen habe; ich habe damals vorgetragen, daß das Ministerium um seine Entlassung gebeten, Se. Maj. der König diese aber nicht angenommen. Von uns kann ich nur sagen, daß wenn wir dem Rufe gefolgt sind, wir dies nur thaten aus dem Gefühl der Pflicht für Thron und Vaterland. Auf die Frage, ob wir constitutionell regieren werden, kann ich nur hinweisen auf den allerhöchsten Erlaß vom 19. März d. J. und auf das, was ich gestern vorzutragen die Ehre hatte. Wir sind bei demselben Programm stehen geblieben, welches der König dem vorigen Ministerium und uns als Richtschnur angewiesen hat. Daß wir es als unsere Pflicht erachten, genau nach der Verfassung zu regieren, das habe ich gestern dargethan. Der Herr Abgeordnete hat ferner gefragt, weshalb die Auflösung des vorigen Abgeordnetenhauses erfolgt sei, da das Ministerium jetzt reichlich die Wünsche dieses Hauses, welche der Auflösung vorhergingen, erfüllt hat? Hierauf gebe ich die Frage zurück: „Warum hat denn die Landesvertretung damals den Versicherungen, welche das Ministerium über seine Absicht, diese Wünsche so bald als thunlich auszuführen, keinen Glauben beigemessen? Was jetzt das gegenwärtige Ministerium ausgeführt, ist nichts Anderes, als was das vorige Ministerium unter Zustimmung des Königs beschlossen hatte, nur konnte damals noch nicht übersehen werden, in welcher Zeit die Spezialisirung der Etats ausgeführt werden konnte. Sei man nun von Seiten des Hauses trotz dieser Versicherung selbstständig vorgegangen und habe man Gebrauch gemacht vom verfassungsmäßigen Rechte, so habe die Krone eben auch von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, und ich glaube, man hat nicht das Recht, nach den Gründen zu fragen, aus denen sie dies that. Der Minister bemerkt sodann, daß er wie seine Collegen in allen Fällen von Uebergriffen der Behörden, welche zu ihrer Kenntniß gekommen, sofort reprobirend eingeschritten seien. Auf die Einwände, welche der Redner gegen die Vorlagen des Ministeriums gemacht, sei zu erwidern, daß die Minister bei dem Ministerverantwortlichkeits-Gesetz nicht an ihre Person, sondern an ihr Verhältniß zur Krone gedacht hätten. Das Gesetz über die Oberrechnungskammer sei nur die treue Ausführung der Verfassungsbestimmung und werde deshalb das Gesetz in der nächsten Session wieder vorlegen. Die Ansicht, daß die Regierung das Maß der Controle durch die Oberrechnungskammer beschränken wolle, sei eine Verdächtigung der Regierung. Dieselbe habe keinen Grund irgend eine Controle zu scheuen. Wenn nur — schließt der Minister — jedes Land in der hier angegebenen Lage wäre, wie Preußen, so dürfte man sich dessen freuen; noch hat die Regierung jede Auskunft ertheilt, welche von ihr verlangt worden, und die Regierung wird es immer für ihre Pflicht halten, gleichviel, ob ein Gesetz über die Oberrechnungskammer da ist oder nicht, ferner jede verlangte Auskunft zu ertheilen.

Hr. Schulze (Berlin): Der einzige Zweck der Adresse sei ein Protest in der Seele des Volkes, dessen Gefühl für Recht und Wahrheit gekränkt, dessen Loyalität so tief durch die Handlungen des Ministeriums verletzt worden. Dies Mißtrauen des Redners und seiner Partei gegen die Regierung sei natürlich, denn es wäre hervorgegangen aus der entschiedenen Opposition des Volkes gegen die Inauguration dieses Ministeriums. Die Fortschrittspartei würde ihren Ursprung verleugnen, wenn sie dies Mißtrauen aufgäbe, welches durch die feudalen Freunde der Minister im Hause nur verstärkt werde. Die liberalen Concessionen des Ministeriums vermöchten nichts dagegen zu thun, man denke doch nur an den berühmten Brief des Finanzministers, an den Kriegsminister, dann werde man wissen, warum es sich handle. Die Fortschrittspartei erheische diese Concessionen, weil sie das wahre Wohl des Volkes im Auge habe; das jetzige Ministerium gewähre Alles, um — eine gefügige Kammer zu erhalten, man lese nur jenen Brief, da habe man ja das ganze Programm des Scheinconstitutionalismus beisammen. (Lebhafter Beifall.) Ueberdies seien alle liberalen Schritte nichts bedeutend, so lange der andere Factor der Gesetzgebung das Alles illusorisch machen könnte. Das Ministerium habe Schritte zur Wahrung der materiellen Interessen gethan und Verbesserungen angestrebt, denen man eine Zustimmung nicht versagen könne, allein auch hier erscheinen alle Concessionen in fragwürdiger Gestalt; denn nirgend befände sich die Entwickelung des Volkswohls in schlechteren Händen, als bei einem reaktionären Ministerium. Welche Mittel pflege ein solches zu verwenden und zu welchen Zwecken? Was habe die Wirthschaft während der Mißregierung dem Lande gekostet! Das Volk werde trotz aller dieser Concessionen nicht ein Titelchen von seinen Rechten aufgeben, es werde nicht, wie Esau, die schwer errungene politische Mündigkeit um ein Linsengericht opfern. Auch der Redner muß sich entschieden gegen die Aufnahme der auswärtigen Angelegenheiten in die Adreßdebatte verwahren, weil er fürchtet, daß das jetzige Ministerium diese Fragen nicht lösen könne, das Ministerium werde sich das selbst nicht zutrauen, denn dazu gehören andere Voraussetzungen: die Kraftentfaltung der ganzen Nation, die volle Hingebung des Volkes. Die sechste Großmacht, die öffentliche Meinung, habe ihre Beziehungen zu dem jetzigen Ministerium abgebrochen, wie will es der Lösung der brennenden äußeren Fragen gewachsen sein? Deutschland und Europa, welche, wie v. Vincke sagte, auf diese Verhandlungen blickten, würden Preußen wohl verstehen, wenn es sich lediglich auf die inneren Fragen zurückziehe; denn nur wenn es hier klar sei, könne es an die Lösung der äußeren Fragen mit Erfolg schreiten. Nie war man sich in Preußen mehr als jetzt der Hauptaufgabe bewußt, den Conflikt zwischen König und Volk zu lösen. Mit einer Erwiderung der Reichensperger'schen Ansichten über die auswärtigen Fragen verbindet der Redner den zuversichtlichen Ausspruch, daß wie in der Vergangenheit sich der starke Arm der Hohenzollern in der Zeit der Gefahr bewährt hat, sich an ihnen die Gnade Gottes auf welche dies Fürstenhaus mit Recht stolz sei, wieder bewähren werde, wenn Noth und Gefahr gebieterisch die Ergreifung des Schwertes erheischen. Schließlich erklärt sich der Redner für Annahme des Sybel'schen Amendements und zwar um der Einigkeit willen, deren Bewährung und Bethätigung von allen liberalen Parteien das einzige Mittel sei, ihre Endziele zu erreichen. (Anhaltender Beifall links.)

Ein nunmehr eingebrachter Schlußantrag wird nicht hinreichend unterstützt; es nehmen darauf die Minister des Krieges und des Innern das Wort zur Widerlegung der gegen die Regierung vorgebrachten Anschuldigungen.

Abg. Dr. Libelt: Auch er und seine Freunde seien gegen das Ministerium; er erkläre Namens derselben, daß, wenn sie gegen die Adresse stimmten, dies nicht aus Vorliebe für das Ministerium geschehe. (Der Redner verliest Wahlerlass: gegen die Polen direct gerichtet, um den feindlichen Standpunkt der Regierung ihnen gegenüber zu constatiren. Er verliest namentlich das Circular der Posener Regierung, in welchem auf das Zusammenhalten der Deutschen bei den Wahlen ohne Rücksicht auf die Parteistellung den Polen gegenüber hingewiesen wird.)

Minister des Innern v. Jagow: Der Vorredner hat namentlich eine an das Ober-Präsidium in Posen erlassene Verfügung angegriffen und dagegen habe ich Verwahrung einzulegen. Die Wahlen im Großherzogthum sind seit längerer Zeit stets so ausgefallen, daß dort stets die Nationalität entscheidend war. Von wem der Anlaß dazu ausgegangen, das habe ich hier nicht zu erörtern. Aber die Regierung hatte die Verpflichtung, dieses Factum anzuerkennen, und hatte jedenfalls die Aufgabe, dabei die Deutschen nicht zu spalten. Das ist die Absicht jenes Erlasses gewesen, nicht irgend eine Zurücksetzung der polnischen Nationalität.

Kriegsminister v. Roon: Der Standpunkt der Regierung bei dieser Debatte ist der gewesen, sich nicht zu betheiligen, außer wenn es galt, falsche Voraussetzungen zu berichtigen oder Thatsachen zu constatiren. In dieser doppelten Beziehung habe ich noch einiges zu bemerken. Zunächst auf eine gestrige Bemerkung des Abgeordneten für Stargardt, der da meinte, das Ministerium sei nach den neuesten Maßnahmen ganz besonders liberal geworden (Widerspruch). Ja: geworden, und das kann von der Regierung nicht acceptirt werden. Das Ministerium, meine Herren, ist genau so liberal wie es sein muß nach den Verpflichtungen die es übernommen, nach dem Programme, das ihm von Sr. Majestät dem Könige vorgeschrieben ist und das, nach den verschiedensten Urtheilen zu schließen, allgemeinen Beifall im Lande gefunden hat, nach dem Programme, das auch dasjenige des Ministeriums gewesen ist, dem ich längere Zeit hindurch angehört habe. In diesem Sinne hat das Ministerium sein Programm in der Thronrede wiederholt. Nicht ein Titelchen mehr, nicht ein Titelchen weniger ist der Liberalismus des Ministerii, es ist nicht liberaler geworden und hat auch nicht die Absicht es zu werden. Soviel auf die einigermaßen verdächtigenden Aeußerungen, die gestern gefallen sind. Wenn ich an die heutige Verhandlung gehe, so hat das Mitglied für Crefeld gestern für sich und seine Partei das Privilegium in Anspruch genommen, von allen Seiten Streiche zu empfangen. Ich muß bemerken, daß das Ministerium ihm darin stark Concurrenz macht (Heiterkeit), daß das Ministerium aber seine Stellung zu vertheidigen wissen wird, von welcher Seite auch die Streiche kommen mögen. Man hat von den Wahl-Erlassen gesprochen und zwar so viel, daß es wirklich wohl an der Zeit wäre, endlich davon zu schweigen. Es fällt mir nicht ein, das Haus mit der Rechtfertigung der Wahlerlasse und der darin enthaltenen Ausdrücke ermüden zu wollen, ich will nur eins dagegen bemerken: man hat gestern davon gesprochen, daß die Annahme des Hagenschen Antrages der damaligen Lage der Verhältnisse gegenüber ein Geschäftsfehler gewesen sei. Man hat, ich glaube Herr v. Vincke, mit demselben Rechte die Wahlerlasse einen Geschäftsfehler genannt oder wenn der Abgeordnete das nicht gesagt haben sollte, so ist es mir bei seiner Rede eingefallen, jedenfalls ist es kein politischer Fehler, wenn das Ministerium geurtheilt hat: nach den Vorgängen sei es nöthig, in seinen Wahlerlassen so zu sprechen, wie es gesprochen hat.

Hr. Dr. Virchow hat in sarkastischer und kaustischer Weise zu zeigen gesucht, daß der Ausdruck „sogenannte parlamentarische Regierung in der gestrigen Erklärung der Regierung ein Nonsens sei. Auch der jetzigen Regierung könne ein lapsus passiren, aber dieser Ausdruck ist absichtlich gebraucht. In Preußen kann aber keine Rede sein von einer parlamentarischen Regierung in dem Sinne dieser (der linken) Seite des Hauses. Der Ausdruck „parlamentarische Regierung" an sich würde bei uns ganz unverständlich sein. (O! O!) In dem Wahl-Erlasse eines Regierungspräsidenten ist allerdings irrthümlich bemerkt worden, daß die Fortschrittspartei oder die Demokratie dem Königthume offen den Krieg erklärt habe. (Der Herr Minister macht eine Pause, die linke Seite ruft: aber? aber? Klingel des Präsidenten und Mahnung zur Ruhe). Die Regierung nimmt von dieser Negation, zu der Herr Dr. Virchow sich bekennt, mit Vergnügen Akt. Wenn ferner der geehrte Herr Abgeordnete in der ihm eigenen, ruhigen und ausdrucksvollen Weise zuletzt eine leise Drohung mit Eventualitäten ausgesprochen hat, die man, wollte man's übel deuten, allenfalls eine Drohung mit der Revolution nennen könnte, so ist das, meine Herren, muthmaßlich ein Mißverständniß meinerseits. — Ein geehrtes Mitglied des Centrums hat der Regierung ihr Sündenregister vorgehalten. Nun, man soll sogar von seinen Gegnern lernen, warum nicht von Personen, die man nicht zu den Gegnern zählt? Aber er hat Unrecht, die Militärvorlage zum Grunde alles Uebels, alles Zerwürfnisses im Lande zu stempeln. Daß die bezüglichen Forderungen nicht übertrieben sind, davon wird er sich bei der künftigen Discussion überzeugen. Ich, als Kriegsminister habe die Pflicht, darauf zu dringen, daß keine Kraft im Lande ungenutzt bleibe für die Organisation der Kriegsmacht des Landes. Von den angeblichen politischen Fehlern, der Auflösung des Abgeordnetenhauses und dem Steuererlasse, will ich deshalb nicht reden, weil die dabei betheiligten früheren Minister gegenwärtig nicht anwesend sind. Der Herr Abgeordnete für Berlin (Schulze) hat eine Comparation gemacht: Absolutismus, Scheinconstitutionalismus und wirklicher Constitutionalismus. Nach seiner Ansicht sind wir jetzt beim Comparativ, mit starker Neigung in den Positiv zurückzufallen. Der Unterschied zwischen Scheinconstitutionalismus ist wohl von ihm nur erfunden, um die gegenwärtige Regierung herabzuziehen. Diese ist sich ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Land und gegen den König gleichmäßig bewußt. Sollte damit gemeint sein, die jetzige Regierung meine es nicht ehrlich mit der Verfassung, so wäre das unparlamentarisch. Die Consequenzen, die derselbe geehrte Herr Abgeordnete dem Hause vorgehalten hat, welche eingetreten sein würden, wenn die Demokratie oder Fortschrittspartei bei den Wahlen unterlegen wäre, gehört in dieselbe Rubrik. — Wenn der Herr Redner bedauert hat, noch nicht einer Partei angehört zu haben, aus welcher ein Ministerium nicht gebildet worden ist, so kann ich das Bedauern nicht theilen (Heiterkeit). Von einem mysteriösen Grunde der Auflösung des Abgeordnetenhauses weiß ich Nichts. Ebenso hat der Herr Redner nicht bewiesen, daß er ein Recht hat sich und seine Partei mit dem Volke zu identifiziren, wie das fort und fort geschieht (Widerspruch, Unruhe). Niemals wird die Regierung anerkennen, daß die Majorität der Fortschrittspartei in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung wirklich die volle Repräsentation des Landes darstelle. (Große Unruhe.) Diese ist eine andere. Zum Schluß will ich constatiren, daß der geehrte Herr Abgeordnete seinen Wunsch deutlich dahin ausgesprochen hat, daß die lebhaften Wünsche seiner Partei unter keinen Umständen möchten von der jetzigen Regierung realisirt werden, weil er das für eine Verstümmelung halten würde, weil er meint, das Ministerium besäße nicht die nöthige Kraft, die nationale Fahne zur Bewältigung der Riesenaufgabe zu entfalten. Ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob das Ministerium dazu im Stande ist, es ist unter allen Umständen im Stande, die Königl. Fahne zu entfalten und siegreich hoch zu halten, und, meine Herren, in Preußen ist die Königl. Fahne die nationale. (Bravo rechts.)

Der vorher beantragte Schluß der Debatte wird nun nicht mehr aufrecht erhalten. Zunächst nimmt das Wort:

Minister des Innern v. Jagow: Gestern sei bereits auf die Vorwürfe geantwortet, welche der Staatsregierung gemacht worden seien. Mit Bezug auf den Referenten sehe er sich genöthigt, auf dieselben näher einzugehen. Vor allen Dingen sei gesagt, daß das Ministerium den geheiligten Namen Sr. Majestät in den Streit der Parteien geworfen habe. Er habe sich vergeblich bemüht, zu ersehen, worauf dieser Vorwurf eigentlich beruhe. Wenn das Ministerium den allerhöchsten Erlaß vom 19. März veröffentlichte, so lag es doch gewiß in seiner Aufgabe und Pflicht, die Intentionen des Königs dem Lande bekannt zu machen. Die Hinweisung in den Wahlerlassen auf den von den Beamten geleisteten Eid sei eine wohlberechtigte gewesen; er wolle aber zugeben, daß man darüber anderer Meinung sein könne, aber das könne Niemand behaupten, daß dadurch der Name des Königs in die Wahlbewegung hineingezogen sei. Es werde ferner der Vorwurf gemacht, daß die Regierung einen Gegensatz zwischen Königthum und Parlament in einer verfassungswidrigen Weise aufgestellt haben. Diese Gegenüberstellung sei unklar und er verwahre sich dagegen, daß die Regierung das absolute Königthum als das zu Erstrebende in ihren Wahlerlassen hingestellt habe. Davon sei nicht ein Wort in den Erlassen zu finden. Die Regierung werde an der Verfassung festhalten. Er halte deshalb diese Vorwürfe für unbegründet und er könne sich dafür auf den Referenten berufen, der in der Commission zugegeben habe, daß dieser Gegensatz sich in den Erlassen nicht klar hinstellen lasse. An dem Inhalte der Erlasse halte er entschieden fest und habe davon in der Commission auch nichts zurückgenommen. Die Demokratie im Lande sei die Trägerin der Bestrebungen, welche auf Stärkung der Volksvertretung und Schwächung der königlichen Macht zielten, und darauf habe die Regierung das ganze Land aufmerksam machen müssen. Er werde es aber als ein freudiges Ereigniß ansehen, wenn ihm in dieser Beziehung ein Irrthum nachgewiesen werden könne, daß dem nicht so sei.

Abg. Dr. Frese (Minden): Der Kriegsminister habe gewünscht, daß man doch endlich von den Wahlerlassen schweigen möge; das sei lustig; wohl möge die Regierung das wünschen, aber nun müsse erst recht davon die Rede sein. (Zustimmung.) Nicht ungestraft dürfe es bleiben, monatelang ein Land aufzuregen und Männer anzutasten, deren Verdienste im Lande mit viel schwererem Maße gewogen würden, als die der Herren Minister. Dieses Urtheil könne der Redner aussprechen,

da er selbst der angegriffenen Partei erst kurze Zeit angehöre. — Die Adresse müsse sich auf rein innere Fragen beschränken, vorbehaltlich des Sybel'schen Amendements über Kurhessen, da die hessische Frage die Lage des Landes nahe berühre.

Gr. v. Bethusy-Huc (besteigt unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses die neue Tribüne): Dem Grundsatz des Abg. Waldeck folgend, „Probiren ist besser als Studiren" besteige ich die neue Tribüne, um von dieser aus im Namen des kleinen Häufleins, das nicht, wie gesagt worden ist, 12 sondern nur 10 Mitglieder umfaßt (Heiterkeit), zu sprechen. Ich schicke voraus, daß ich nicht zu der extremen Richtung der conservativen Partei gehöre, wie ich bereits in Sachen der Polizeiverwaltung und bei Gelegenheit der auswärtigen Angelegenheiten kund gethan; noch weniger billige ich alle Waffen, die die conservative Partei angewendet hat. Und so billige ich auch in keiner Weise die Ausschreitungen der Unterbehörden, die bei den Wahlen vorgekommen sind. Ich glaube aufrichtig, daß die Versicherungen der Loyalität, die jene linke Seite in die Adresse zur Aufnahme beantragt hat, ganz ehrlich gemeint sind. Niemand denkt in Preußen an ein Staatswesen ohne König. Der Gegensatz zwischen Königthum und Parlament war in der That ein geschickter und mußte auf die Angreifer zurückfallen, da er leicht zu pariren war. Wir wollen alle, meine ich, wie die ganze Nation, König und Parlament. Allerdings meine ich, daß die entschiedene liberale Partei die Rechte der Krone zu Gunsten der Wähler beschränken möchte. Der Angelpunkt ist der: Will die liberale Partei danach streben, daß das Ministerium nach der jeweiligen Majorität und Tagesströmung — nicht der öffentlichen Meinung, der auf die Länge kein Staatsmann widersteht, geändert werde, so sucht sie eben den Schwerpunkt in das Abgeordnetenhaus zu verlegen und die Krone zu zwingen, der Majorität des Hauses entsprechende Minister zu wählen. Man stellt dann die Krone vollständig unverantwortlich hin, um die Minister desto verantwortlicher zu machen. Es ist dies ein Billardspiel, wo das Abgeordnetenhaus das Que regiert und die beiden anderen Factoren die Kugeln sind. Ich sehe dieses Streben in dem Adreßentwurfe der Commission, im 1. Alinea namentlich. Die darin enthaltene Opposition gegen die Minister gründet sich weniger auf eine einzige Handlung: die Wahlerlasse, und weniger auf diese selbst, als auf die Intriguen einiger Erlaßverbesserer. Aber selbst der vorhandene Widerspruch zwischen der Auflösung des vorigen Hauses und dem Ministerialerlasse berechtigt noch nicht zur Opposition: aus prinzipieller Antipathie stammt nur das Mißtrauen gegen das liberale ministerielle Programm. Ich werde nie ein bloßer ministerieller Jasager werden und immer nur die Maßregeln, nicht die Personen im Auge halten. Aus denselben Gründen adoptire ich auch die Adresse des Abg. v. Vincke nicht. Der Passus hinsichtlich des Herrenhauses, mit dessen Majorität ich mich übrigens nicht identificire, kann wohl auf das Verlangen eines Pairsschubs hinauslaufen. Ein solcher sei aber nicht nöthig. — Schließlich weist der Redner einige Vorwürfe gegen die conservative Partei zurück, die man nicht mit der reactionairen und feudalen identificiren dürfe; im Jahre 1813 hätten auch Junker so gut wie Bauern die Waffen ergriffen.

Der Schluß der General-Diskussion wird nun mit überwiegender Majorität angenommen.

Schluß der Sitzung 3¾ Uhr.

---

10. Sitzung, Freitag 7. Juni.

Das Haus der Abgeordneten trat heute bei der Adreßdebatte in die Tagesordnung ein. Vor derselben macht der Präsident die Mittheilung, daß der Abgeordn. Krause (Braunsberg) in der vergangenen Nacht gestorben sei. Das Haus wird sich bei dem Begräbniß durch eine Deputation betheiligen. — Als erster Redner tritt Hr. v. Vincke auf. Er rechtfertigt aus stilistischen Gründen die Alinea 1 und 2 seines Entwurfes, greift den Hagen'schen Antrag an und behauptet, daß bei Annahme desselben kaum 20 Mitglieder des Hauses die Rechnungen von 1859, die dem Etat zu Grunde gelegt werden sollten, gekannt haben; er greift das aufgelöste Abgeordnetenhaus an, weil es dem Finanzminister nicht die Initiative überlassen habe.

Hr. Fubel: Die Adresse der Commission stellt sich in §. 1 die Aufgabe: „die Ueberzeugung des Hauses über die gegenwärtige Lage des Landes darzulegen. Die folgende Ausführung entspricht dieser Aufgabe nur in einseitiger Weise, denn sie zieht nur die inneren Vorgänge vom März bis zu den Wahlen in Betrachtung: sie sieht ganz ab von den auswärtigen Dingen, welche die Lage des Landes nothwendig bestimmen und wodurch auch die Stellung zur Staatsregierung erst klar wird. Der Entwurf von Vincke stelle sich objectiv allein auf den Boden feststehender Thatsachen.

Abg. Waldeck gleichfalls gegen den von Vincke'schen Entwurf. Er behauptet, daß der Constitutionalismus das einzige heilsame System für Preußen sei. Es liege im Interesse des Königthums, sich nicht von der Nation zu trennen und deren Rechte zu wahren. Der Redner meint, von den Rechten des Volkes sei viel geschwunden, man müsse keine Gelegenheit verabsäumen dies zu documentiren. Der Redner begreift nicht, wie es dem Ministerium möglich sei, mit einem Hause wie das gegenwärtige zu regieren.

Der Finanzminister erklärt noch einmal, daß das Ministerium lediglich nach dem königl. Programm mit treuer Festhaltung an der Verfassung regieren werde; das Ministerium habe nur zu bitten, daß man ihm mit Wohlwollen und Gerechtigkeit entgegenkommen werde. Auch den Wahlerlassen gegenüber möge man gerecht sein und bedenken, daß die Minister den Ausschreitungen ernstlich entgegen zu treten bemüht waren, und daß sie der Agitation gegenüber doch nicht die Hände hätten in den Schooß legen können. Das Ministerium sei kein reactionäres, das beweise das oft erwähnte Programm. Nachdem noch Hr. Karsten für das Amendement von Vincke, Hr. v. Forckenbeck gegen dasselbe und für die Commission gesprochen, nachdem Hr. Aug. Reichensperger sein Amendement, welches also lautet: „Das preußische Volk will ein starkes, auf eigenem Rechte über den Parteien stehendes Königthum, es erkennt in ihm eine bleibende Gewähr für jedes andere Recht und für die allmälige Feststellung verfassungsmäßiger Freiheit" vertheidigt, schließt die Debatte über die beiden ersten Absätze des Entwurfes.

Alinea 3 betrifft die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Entlassung des vorigen Ministeriums, die Wahlerlasse in dem Gegensatz zwischen Königthum und Parlament.

Als Resultat der Sitzung wird mitgetheilt, daß der Vincke'sche Adreßentwurf und ebenso das Reichensperger'sche Amendement nicht angenommen worden. Dagegen ist das Amendement v. Sybel's, betreffend die kurhessische Frage, bei namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 55 Stimmen angenommen worden. Gegen dasselbe haben gestimmt die Herren Waldeck, Twesten, v. Kirchmann und die Katholiken. Die Polen haben sich der Abstimmung enthalten. Morgen, Sonnabend, Nachmittag wird wahrscheinlich die Adresse Sr. Majestät dem König überreicht werden.

Rundschau.

Berlin, 6. Juni.

— Prinz Adalbert, welcher sich Ende d. Mts. zu der Vermählungsfeier des Prinzen Ludwig von Hessen mit der Prinzessin Alice nach London begiebt, wird auf der Rückreise mit den in England für die preußische Marine angekauften Schiffen eine Uebungsfahrt machen.

— Der Abgeordnete Krause aus Braunsberg kam gestern Abend nach 10 Uhr in einer Droschke vor seine Wohnung gefahren, konnte aber nur mit Hülfe des Kutschers aussteigen und in das Haus treten. Einige Personen, die sich auf dem Flure befanden, leisteten Beistand und brachten ihn in sein Zimmer, wo man ihn auf einen Stuhl niederließ, von dem er aber bald wieder herabfiel. Sofort wurde nach einem Arzte geschickt und der Kranke auf das Bett gelegt. Als der Arzt nach wenig Augenblicken erschien, wurde sogleich ein Aderlaß vorgenommen, allein es floß kein Blut mehr; der noch vor wenigen Stunden so heitere Mann war bereits eine Leiche. Wie wir hören, stand der Verstorbene im Alter von 70 Jahren.

— Die „National-Zeitung" enthält ein Telegramm aus Cassel, welches meldet, daß der General-Adjutant v. Loßberg mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden ist und daß derselbe zunächst mit dem verfassungstreuen Regierungsrath Wiegand unterhandelt.

Gotha, 3. Juni. Das herzogl. Paar ist gestern wohlbehalten von seiner afrikanischen Reise in Coburg angekommen. — Demnächst wird der Herzog durch einen neuen Regierungsact bewähren, daß er auf der Höhe der Zeit steht: es ist dieses die Einführung einer auf freisinnigster Grundlage ruhenden Presbyterial- und Synodalverfassung. Der bekannte Oberhofprediger Schwarz ward schon vor längerer Zeit mit einer Denkschrift hierüber betraut und hat sich in dieser für vollständige Durchführung des constitutionellen Princips auf dem Gebiete der Kirche ausgesprochen. Diesem wird denn auch die neue Verfassung entsprechen. Die kirchliche Regierung ruht hiernach bei der Gemeinde selber, welche sich in Presbyterien, Bezirkssynoden und Landessynode gliedert. Im Presbyterium ist der Pfarrer das einzige geistliche Mitglied neben 4—12 weltlichen (Kirchenälteste); in der Bezirkssynode, gleichfalls aus Gemeindewahlen hervorgehend, ist die Anzahl der weltlichen Mitglieder der der geistlichen gleich, ebenso bei der Landessynode. Die Gemeinden wählen ihre Pfarrer selbst, die Bezirkssynode den Decan und der Synodalausschuß wirkt entsprechend bei der landesherrlichen Ernennung der Mitglieder der obersten kirchlichen Verwaltungsbehörde mit.

Paris, 2. Juni. Herr v. Lavalette reist nun morgen wirklich und wahrhaftig ab. Daß sich seine Rückkehr noch um einige Tage verzögert hat, hing lediglich von Privatverhältnissen ab. Nach dem 28. Mai, an welchem Tage auch Montebello's Sendung und die Reduction der römischen Besatzung beschlossen wurde, war der Conflict Goyon-Lavalette definitiv geschlichtet. Der „Constitutionnel" hält heute offizielle Rede zur Einweihung der neuen Gestaltung der römischen Situation. Er setzt überschwänglichen Erwartungen einen Dämpfer auf, hofft mit unerschütterlicher Zuversicht weiter, daß die Curie einmal Vernunft annehmen werde, aber läßt doch deutlich durchblicken, daß man es dieses Mal mit mehr als einem bloßen Personenwechsel zu thun habe. Der französische Gesandte in Turin, Herr Benedetti, hat bereits der italienischen Regierung officiell die Reduction der römischen Besatzung auf die Hälfte angezeigt, zugleich aber zur größten Wachsamkeit aufgefordert, damit keine Garibaldianer es sich einfallen ließen, ihre Pläne auf Rom zu richten. Der italienische Gesandte am hiesigen Hofe hat heute mit dem Kaiser eine Unterredung gehabt, die von großer Wichtigkeit sein soll. Goyon erfreut sich der Pflichten seiner neuen Würde: er ist bereits zum Berichterstatter über eine Petition zur römischen Frage gewählt worden.

London, 2. Juni. Der ministerielle „Observer", welcher mittheilt, daß heute eine Partei-Versammlung der Derby-Disraeliten in dem Hause des Herzogs von Malborough stattfindet, sagt in dieser Beziehung: Ob irgend ein politischer Staatsstreich beabsichtigt ist, oder, was uns wahrscheinlicher dünkt, ob die wirklichen Meinungen der klügeren Parteihäupter ergründet werden sollen, wird die Zeit lehren. Wenn Lord Derby im Schooße seiner Partei, deren jüngere Mitglieder in letzter Zeit oft über die Schnur gehauen haben, Ordnung und Eintracht wiederherstellen will, so thut er gewiß wohl daran. Man weiß noch nicht, wie weit die Unterhandlungen zwischen den Feinden der Einheit Italiens und des europäischen Friedens gediehen sind. Eben so wenig hat Lord Derby zu ermitteln vermocht, wie viele unter den conservativen und protestantischen Parlamentsmitgliedern willig zu einer auch nur vorübergehenden Allianz mit den Herren Henessey und Maguire und dem Kreuzträger des Cardinals Wiseman die Hand bieten würden.

— 4. Juni. Der Vice-König von Aegypten ist heute in London eingetroffen, nachdem er in Dover übernachtet hatte, wohin ihn das französische Kriegsschiff „Le Corse" gebracht hatte. Wie es heißt, will er einige Wochen in England bleiben.

Aus Rom, 4. Juni, wird gemeldet: Kardinal Duponloup hat in der St. Andreas-Kirche zum Besten der Christen im Orient in Gegenwart von 10 Kardinälen und 140 Bischöfen gepredigt. Diese Predigt wurde zu mehreren Malen von den Anwesenden durch Beifallszeichen unterbrochen.

Aus Athen, 30. Mai, wird gemeldet, daß Tags zuvor daselbst der Prinz von Wales eingetroffen war, dem König und der Königin einen Besuch gemacht und des ersteren Gegenbesuch empfangen hatte und am 31. wieder abreisen wollte. Aus Konstantinopel hat der Prinz kostbare Geschenke vom Sultan mitgenommen, namentlich einen Halsschmuck für die Königin Victoria. — Die Minister haben abermals ihre Entlassung nachgesucht, aber der König zögert noch immer, sich der Opposition anzuvertrauen. Der Versuch, ein gemischtes Kabinet zu bilden, ist gescheitert.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 7. Juni.

— Am 11. d. Mts. Nachmittags 4 Uhr wird in der hiesigen Garnison-Kirche die Vertheilung der Zinsen des dem National-Dank von der hiesigen Stadt bei Gelegenheit der Feier der Silberhochzeit Ihrer Majestäten geschenkten Kapitals an die hülfsbedürftigsten und würdigsten Veteranen stattfinden. Mit diesem patriotischen Act soll zugleich eine kirchliche Gedächtnißfeier verbunden werden. Es läßt sich erwarten, daß es an einer sehr zahlreichen Betheiligung dabei von Seiten unserer Bevölkerung nicht fehlen werde, da ebenso die patriotischen wie die religiösen Gefühle zu einer solchen gewiß auf das Lebhafteste treiben.

— Den zahlreichen Verehrern des Herrn Predigers Schnaase können wir die freudige Nachricht bringen, daß Herr Professor Dr. Baum gestern Nachmittag die Operation mit glücklichem Erfolge vollzogen hat und daß die gegründetste Hoffnung vorhanden ist, Herrn Schnaase wieder völlig hergestellt zu sehen. Neben dem Triumphe der Wissenschaft, den wir auch hier wieder feiern, freuen wir uns, daß die hiesigen drei Aerzte, welche die Diagnose auf ein Hauptübel gestellt, die Genugthuung gehabt haben, auch von Herrn Prof. Baum dieselbe Ansicht bestätigt zu sehen. Herr Prof. Baum war übrigens erst gestern Mittags mit dem Schnellzuge aus Göttingen hier eingetroffen, um kurze Zeit darauf sofort die schwierige Operation zu unternehmen.

— Die diesjährige Wanderversammlung der Botaniker aus den Provinzen Ost- und Westpreußen findet am künftigen Mittwoch den 11. Juni, Mittags 12 Uhr, in Elbing statt.

— Heute früh 6 Uhr wurde die Feuerwehr nach Petershagen gerufen. Es brannte in dem Grundstücke des Bäckermeisters Witte ein Balken einer Fachwerkswand, der durch gewöhnliches Feuer auf dem Kochheerde durch die gänzlich ausgebrannte Verblendung sich entzündet hatte. Die Löschung erfolgte mittelst directen Angriffs unter Anwendung einer Spritze.

— Der bisherige Kreisrichter Puchta in Stolp ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bütow und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Cöslin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bütow ernannt worden.

Posen, 2. Juni. Gestern feierte unser Männer-Turnverein das Fest seiner Fahnenweihe. Die Betheiligung an demselben Seitens der deutschen Bevölkerung war eine allgemeine und begeisterte. Es schien, als ob alle Gesellschaftsschichten von der hohen Bedeutung der Turnvereine als der mächtigsten Hebel des Deutschthums in unserer Provinz tief durchdrungen waren. Darum gestaltete sich das Fest zu einem wahren Volksfeste, wie Posen es nie schöner gefeiert hat.

Am Pfingstfest.

Das Pfingstfest erweckte mit Sturmesgebraus
Die Herzen der Jünger; sie zogen hinaus,
Die Botschaft der Liebe zu künden;
Sie scheuten nicht Drangsal, Verfolgung und Schmach,
Sie strebten der heiligen Aufgabe nach,
Der Wahrheit das Reich zu begründen.

Wie selbst sie dem Wesen der Gottheit entstammt,
So hat sie mit göttlichem Eifer entflammt
Die treu ihr zum Dienste sich weihten.
Und ob ihre Zeugen auch werden erwürgt,
So hat sie den endlichen Sieg doch verbürgt
Den Helden, die glaubensstark streiten.

Es ist ja dre Wahrheit geheiligter Geist,
Der hin auf die Pfade der Liebe uns weis't:
Er kam einst am Pfingstfest hernieder:
O daß er die Herzen uns also verklärt,
Wie es der erhabene Meister begehrt,
Dann wären wir allzumal Brüder! —

Der Himmel ist blau und die Erde ist grün,
Die Luft weht so milde, die Pfingstrosen blüh'n,
Wer möchte sich da nicht erfreuen!
Vergessen sei Zwiespalt, Erbitt'rung und Schmerz,
Und laß', gleich der Erde, das menschliche Herz
Am Strahl sich der Liebe erneuen!

F. v. Duisburg.

Meteorologische Beobachtungen.

Juni.	Stunde	Barometer-Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
6	4	333,66	+ 17,0	SW. frisch, bezogen.
7	8	336,42	17,8	do. flau, hell, Horiz. bew.
	12	336,05	23,9	do. frisch, leicht bewölkt.

Breslau, 4. Juni. [Wollberichte.] Zufuhr 60,000 Ctr. Wäsche zum Theil besser als voriges Jahr, aber nicht durchweg befriedigend. Reduction für Mittelwolle 6—8 Thlr. Hauptkäufer Engländer, Hamburger nur wenig Rheinländer. Stimmung bleibt unverändert matt. — Nachmittags 4 Uhr. Zufuhr ca. 65,000 Ctr. Bis jetzt verkauft 10,000 Ctr. mit 10 Thlr. Abschlag für gute Wäsche. England kauft stark. Im Ganzen flaue Haltung. Mißrathene Wollen 15 Thlr. niedriger. — 5. Juni. Zwei Drittel verkauft. Breslauer Händler, Engländer, Hamburger sehr thätig. Preise durchschnittlich 10—12 Thlr. niedriger. Feine und hochfeine Wolle vernachlässigt, wird deshalb Abschlag größer sein. Wenig inländische Fabrikanten am Markt, diese und Rheinländer zurückhaltend.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 7. Juni.

J. Milne, Ballindallach, v. Newcastle, m. Kohlen. P. Olsen, Diana, v. Nyborg; P. Petersen, Lucerne, v. Nykjöbing; F. Claussen, Diana, v. Lübeck; H. Schütt, Mary; u. C. Zifeldt, Lauritzen, v. Kiel; H. de Boer, Jant, Petronella, v. Hardersleben; D. Jacobsen, Patriot, v. Christiania; J. Sculsby, la Plata, v. Goole; P. Hartmann, Karens Minde, v. Fehmern; F. Lischke, Wilhelmine, v. Maasholm; H. Pehrsson, Jac. Unger; u. D. Geltes, Jac. Cath., v. Copenhagen, mit Ballast.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig vom 7. Juni:
Weizen, 77 Last, 131.32pfd. fl. 520; 130pfd. fl. 505 pr. 85pfd.
Roggen, 90 Last, fl. 337 pr. 125pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 7. Juni:
Weizen 130—132pfd. feinbunt 87—90 Sgr.
127—130pfd. hellbunt 83—86 Sgr.
125pfd. bunt 79—80 Sgr.
Roggen 125pfd. 56½ Sgr. pro 125pfd.
122—124pfd. 56 Sgr. do.
117—120pfd. 53—55 Sgr. do.
Erbsen nach Qualität 51—57 Sgr.
Gerste 108—114pfd. gr. 37—42 Sgr.
105—112 pfd. kl. 34—39 Sgr.
Hafer nach Qualität 26—30 Sgr.
Spiritus Thlr. 17 pr. 8000 % Tr.

Berlin, 6. Juni. Weizen 65—77 Thlr.
Roggen 48¾—51½ Thlr. pr. 2000pfd.
Gerste, große und kl. 33—36 Thlr.
Hafer 24—26 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 47—55 Thlr.
Rüböl loco 13$\frac{1}{12}$ Thlr.
Leinöl loco 13½ Thlr.
Spiritus 18⅝ Thlr. pr. 8000 % Tr.

Königsberg, 6. Juni. Weizen 82—96 Sgr.
Roggen 54—57 Sgr.
Gerste gr. 37½ Sgr., kl. 33—40 Sgr.
Erbsen, w. 40—62 Sgr.
Spiritus ohne Faß 17¾ Thlr.

Elbing, 6. Juni. Weizen 77—93 Sgr.
Roggen 51½—56 Sgr.
Gerste gr. 36—42 Sgr., kl. 34—39 Sgr.
Hafer 23—33 Sgr.
Erbsen w. Koch 52—55 Sgr.
Spiritus 17 Thlr.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 4. bis incl. 6. Juni:

1331⅓ Last Weizen, 239½ L. Roggen, 25 L. Erbsen, 24 L. Faßholz, 1312 Stück eichene Balken, 25,161 Stück fichtene Balken. Wasserstand 2 Fuß 5 Zoll.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Geh. Ober-Medizinal-Rath Dr. Horn a. Berlin. Rittergutsbesitzer Stavenow a. Mühlenhoff. Gutsbesitzer Kummer a. Korzellec. Die Kaufleute Zacharias a. Königsberg, Helle a. Berlin, Meyer a. Offenbach u. Lüssenhop a. Altfelde. Frau Gutsbesitzer v. Donimirska a. Hohendorf.

Hotel de Berlin:

Gutsbesitzer Lange u. Rentier König a. Posen. Die Kaufleute Haber a. Hamburg, Liebenau a. Berlin, Neumann a. Leipzig u. Schröder a. Frankfurt.

Schmelzer's Hotel:

Die Rittergutsbesitzer Bärecke a. Altkirch, Stahmer a. Draulitten u. E. Kiehn u. M. Kiehn a. Kolzannow. Königl. Regierungs-Geometer Kimnach a. Wongrowitz. Gutsbesitzer Steffens a. Demmin. Bau-Unternehmer Täge a. Nakel. Die Kaufleute Kohlhage a. Iserlohn, Guttke a. Berlin u. Rodebreck n. Gattin a. Tilsit. Ingenieur Winkler a. Königsberg. Ober-Inspector Dietrich a. Saalfeld.

Hotel de Thorn:

Die Rittergutsbesitzer Röhrig a. Wißoczin u. Schönberg a. Berlin. Gutsbesitzer Weniger a. Breslau. Die Kaufleute Schmidt a. Minden u. Martini a. Emden. Fabrikant Kohl a. Erfurt.

Berliner Börse vom 6. Juni 1862.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	102	101½
Staats-Anleihe v. 1859	5	107¾	107¼
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	100⅛	—
do. 1854, 55, 57,	4½	101¾	101¼
do. v. 1859	4½	101¾	101¼
do. v. 1856	4½	101¾	101¼
do. v. 1853	4	100⅛	99⅝
Staats-Schuldscheine	3½	—	89½
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	122⅜	121⅜
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	89	—

	Zf.	Br.	Gld.
Ostpreußische Pfandbriefe	4	99	98½
Pommersche do.	3½	91⅝	91⅛
do. do.	4	100¼	99¾
Posensche do.	4	—	104¼
do. do.	3½	—	98¼
do. neue do.	4	—	98½
Westpreußische do.	3½	—	88⅛
do. do.	4	98¾	—
do. do. neue	4	—	—
Danziger Privatbank	4	101¾	—

	Zf.	Br.	Gld.
Königsberger Privatbank	4	—	98¼
Pommersche Rentenbriefe	4	99⅜	99⅛
Posensche do.	4	99	98¼
Preußische do.	4	99¼	98¾
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4½	122½	121½
Oesterreich. Metalliques	5	56½	55⅜
do. National-Anleihe	5	66⅛	—
do. Prämien-Anleihe	4	—	74
Polnische Schatz-Obligationen	4	—	82½
do. Cert. L.-A.	5	—	94¼

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.